



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 30. März 2017

Antrags-Nr. 17-F-10-0006

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen

- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Hauptsatzung der Stadt Wiesbaden wird gemäß § 52 HGO ergänzt: „Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung können im Internet als Ton- und Bildübertragung zugänglich gemacht werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung.“

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird ergänzt um: „Die Stadtverordnetenvorsteherin/der Stadtverordnetenvorsteher veranlasst eine zeitgleiche Ton- und Bildübertragung der Redebeiträge im Internet. Die Ton- und Bildübertragung ist von der Stadtverordnetenvorsteherin/dem Stadtverordnetenvorsteher zu Beginn der Sitzung anzukündigen. Rednerinnen oder Redner, die einer Ton- und Bildübertragung widersprechen, haben dies der Stadtverordnetenvorsteherin/dem Stadtverordnetenvorsteher anzuzeigen. In diesem Fall werden Redebeiträge der oder des Widersprechenden nicht übertragen. Gleiches gilt für die dauerhafte Veröffentlichung der Ton- und Bildaufnahmen.“

Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten,

2. Unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher und medienrechtlicher Bestimmungen die technischen Voraussetzungen zur Live-Übertragung (Ton und Bild) des öffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlungen auf der Internetseite www.wiesbaden.de zu schaffen. Diese soll zum 01.01.2018 und der damit einhergehenden Verabschiedung des Doppelhaushalts 2018/2019 beginnen. Zu Erprobungszwecken soll eine testweise Übertragung bereits am 01.10.2017 mit Beginn der Haushaltsdebatte gestartet werden.
3. Die aufgezeichneten Bild- und Tonaufnahmen zeitnah, nach einzelnen Tagesordnungspunkten getrennt abrufbar, auf der Internetseite www.wiesbaden.de für mind. 3 Monate zu veröffentlichen.

Beschluss Nr. 0146

Der Antrag der AfD vom 21.03.2017 betr.

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen

Seite 2 des Beschlusses 0146 vom 30. März 2017

wird gemeinsam mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen und den Anträgen der Fraktionen FDP und L&P zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik überwiesen.

1. Der Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2017

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

David
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .04.2017

Dezernat I/16
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister